



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **100. Sitzung (öffentlich)**

28. August 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:45 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**

**1 Kommunale Demokratie stärken – Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern – Mehr Transparenz über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen schaffen** **5**

Antrag  
der Fraktionen der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3426

In Verbindung mit:

**Kommunale Demokratie im „Gleichklang“ voranbringen – Nordrhein-Westfalen muss weitere Schritte der Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und das Hauptamt gehen**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3546

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Und:

**Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“**

Vorlage 16/3165

Nach eingehender Aussprache nimmt der Ausschuss den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU an.

**2 Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen!****12**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8122

Ausschussprotokoll 16/938

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt nach eingehender Diskussion den Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN ab.

**3 Ländlicher Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden – Land muss Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen****38**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8982

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag vor einer weiteren Beratung eine schriftliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durchzuführen.

**4 „Atomstiftung“ bedeutet finanzielles Risiko für die kommunalen RWE-Anteilseigner – Die Landesregierung muss Vorsorgemaßnahmen prüfen** **39**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/8977

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der vom Wirtschaftsausschuss geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

**5 Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen** **40**

Vorlage 16/3020

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der vom federführenden Ausschuss geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

**6 Kommunen bei Notunterkünften am Limit – Überfordert das Land die Kommunen finanziell und organisatorisch bei der Aufnahme von Asylbewerbern?** **41**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/3160

**7 Verschiedenes** **44**

Der Ausschuss fasst mit Blick auf das September-Plenum zwei Vorratsbeschlüsse unter der Voraussetzung, dass eine entsprechende Überweisung erfolgt:

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung zum Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW) Drucksache 16/9519 am 11. September 2015. In dieser Anhörung werden die kommunalen Spitzenverbände gehört. Die Auswertung der Anhörung findet am 25. September 2015 statt.

Des Weiteren beschließt der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung zum Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes Drucksache 16/9302 am 25. September 2015. Gehört werden sollen die kommunalen Spitzenverbände und die Landschaftsverbände. Die Auswertung der Anhörung und ein Votum an den HFA sollen am 20. November 2015 erfolgen.

\* \* \*

## 7 Verschiedenes

Der Ausschuss fasst mit Blick auf das September-Plenum zwei Vorratsbeschlüsse unter der Voraussetzung, dass eine entsprechende Überweisung erfolgt:

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung zum Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW) Drucksache 16/9519 am 11. September 2015. In dieser Anhörung werden die kommunalen Spitzenverbände gehört. Die Auswertung der Anhörung findet am 25. September 2015 statt.

Des Weiteren beschließt der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung zum Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes Drucksache 16/9302 am 25. September 2015. Gehört werden sollen die kommunalen Spitzenverbände und die Landschaftsverbände. Die Auswertung der Anhörung und ein Votum an den HFA sollen am 20. November 2015 erfolgen.

gez. Christian Dahm  
Vorsitzender

08.10.2015/15.10.2015

160

